

Wolfgang Gedeon

„Lassen wir nicht zu, dass sie Deutschland abschaffen!“

(Resolutionsentwurf für den nächsten BPT, Anhang III der Rund-Mail vom 18.4. 2015)

Präambel

US-, NATO- und Russlandpolitik

Deutschland ist von vielen Seiten bedroht. Selbst die griechische Regierung glaubt uns dreist attackieren zu können. Wohl haben wir Verständnis dafür, wenn sie gegen die Banken rebellieren will; kein Verständnis aber, wenn der deutsche Steuerzahler diese Rebellion durch Milliarden Bürgschaften finanzieren soll. Die Griechen sind in dieser Angelegenheit nicht nur Opfer, sondern auch Täter. Mit betrügerischen Manipulationen haben sie sich in den Euro-Raum hineingetrickt und haben in den ersten Euro-Jahren, ohne die wirtschaftliche Produktivität zu steigern, ihre Nettoeinkommen um 30-40 % erhöht. Ein griechischer Rentner bekommt heute durchschnittlich 200 € mehr im Monat als ein westdeutscher, wobei der westdeutsche im Durchschnitt sieben Jahre länger in seine Rentenversicherung eingezahlt hat. Darüber hinaus hat sich ein Viertel aller Beschäftigten in Griechenland sehr gut im öffentlichen Dienst eingerichtet, so dass unser Mitleid insgesamt da eher begrenzt ausfällt. Jetzt muss es heißen: Griechen raus aus dem Euro! Das ist die einzige Chance für beide Seiten, wieder festen Boden unter den Füßen zu gewinnen.

Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende! Dies gilt für den gesamten Euro-Raum. Dass der Euro wirtschaftlich nicht funktionieren konnte, war auch seinen Initiatoren klar. Von Anfang an war er als *politische* Währung gedacht. Die wirtschafts- und finanzpolitischen Zwänge, die durch ihn als Gemeinschaftswährung verursacht werden, sollten die Bemühungen der europäischen Staaten, ihre nationale Souveränität zu wahren, paralisieren und sukzessive eine politische Union, einen EU-Einheitsstaat erzwingen.

Ursprünglich wollten Adenauer und de Gaulle über die EU mehr Selbstständigkeit gegenüber den USA erreichen. Heute freilich ist das Gegenteil der Fall. TTIP, TiSA und ähnliche Verträge, von der EU-Kommission zum Teil hinter dem Rücken der nationalen Regierungen ausgehandelt, sollen die ökonomischen Bindungen zwischen USA und EU unumkehrbar verknüpfen. Amerikanische Krankenhausgesellschaften, Fracking-Firmen, Monsanto (Genmais) usw. stehen in den Startlöchern und wollen Europa und seine Zivilisation noch mehr amerikanisieren. Nicht zuletzt sollen die europäischen Regierungen und ihre Steuerzahler über private Schiedsgerichtsbarkeit dem Würgegriff New Yorker Anwaltskanzleien ausgeliefert werden.

Unser größtes politisches Problem sind die USA und die maßlose US-Hörigkeit der deutschen

Politik. Wann verstehen wir endlich: Die US-Amerikaner sind nicht unsere Freunde. Vielleicht gab es einige kurze Momente im Kalten Krieg, die ansatzweise an Freundschaft denken ließen: 1948/9 (Rosinenbomber), 1956 (Ungarn-Krise), 1962 (Kuba-Krise). Wesentlich war diese Beziehung aber immer die einer Besatzungsmacht zu einem besiegten Staat. Das ist auch heute noch so, obwohl sich die internationalen Bedingungen zugunsten Deutschlands so geändert haben, dass wir diese erbärmliche Rolle eigentlich nicht mehr spielen müssten.

Die unsägliche Feigheit vor dem Freund: die USA betrachten uns als "drittklassigen" Bündnispartner, spähen uns über die NSA erbarmungslos aus, unterhalten ihre Truppen und Atomwaffen auf deutschem Boden und lassen sich den diesbezüglichen Unterhalt auch noch von uns bezahlen. Noch immer halten sie an Residuen des Besatzungsrechts fest und sind nicht einmal bereit, in der UNO völkerrechtswirksam auf die sog. Feindstaaten-Klausel zu verzichten, mit der sie z. B. jederzeit in Deutschland Gesetze erlassen können, die die Gesetze des Deutschen Bundestages außer Kraft setzen.

Warum bewundern wir eigentlich die USA? Sind sie ein so tolles Vorbild für Menschenrechte und Demokratie? Die Frage mutet heute fast schon kabarettistisch an: überfüllte Gefängnisse, grausame Todesstrafe, Rassenunruhen, Guantanamo – und Edward Snowden sitzt nicht im amerikanischen Asyl und wird vor Putin geschützt. Nein, Putin rettet Snowden vor dem Zugriff Obamas und seiner Häscher!

Über 4000 unschuldige Drohnen-Tote, darunter zahlreiche Kinder – warum regt sich im Westen niemand darüber auf? Wenn Putin das täte, würden sich unsere Medien gar nicht mehr einkriegen. Aber Obama? Der will doch das Gute, der hat doch den Friedensnobelpreis, und überhaupt: Er ist doch der amerikanische Präsident. Da kann das alles nicht so schlimm sein. So zumindest denken viele geistig versklavte West-Menschen.

Von zahlreichen Aggressionskriegen und sonstigen Völkerrechtsverletzungen der USA, zumeist als "humanitäre Interventionen" verkauft, wollen wir jetzt nicht reden. Kein anderer Staat hat sich diesbezüglich in den letzten Jahrzehnten mehr geleistet als die USA, siehe Serbien, Irak, Libyen, Syrien, Jemen usw.

Schließlich die Frage: Sind wir den Amerikanern zu Dank verpflichtet? Haben sie uns vom Faschismus befreit und vor der Sowjetisierung bewahrt? Die USA sind in Europa einmarschiert, nicht um Deutschland vom Faschismus zu befreien, sondern um zur Weltmacht zu werden, und sie haben den Kalten Krieg gegen die Sowjetunion geführt, um zur *einzigsten* Weltmacht aufzusteigen. Wir waren dabei die Steigbügelhalter und das atomare Schutzschild, diejenigen, die in einem Atomkrieg, wäre es dazu gekommen, das Bauernopfer amerikanischer Machtpolitik hätten abgeben dürfen. Müssen wir dafür wirklich so dankbar sein?

Und heute? Die amerikanische Weltmacht steht und fällt in Europa. Nichts gefährdet sie mehr als ein wirtschaftliches, politisches oder gar militärisches Zusammenwachsen Russlands mit Europa. Derzeit konzentriert sich die gesamte amerikanische Politik auf ein Zerwürfnis, ja einen Krieg zwischen Europa und Russland. Alle anderen Fronten müssen beruhigt werden: Afghanistan, Kuba, Iran usw. Mit allen Mitteln sucht man Kompromisse. Alle Kräfte sollen auf die Ukraine und Russland konzentriert werden, denn hier entscheidet sich die Weltmacht-Frage, und das nicht in 20, nicht in 10, sondern in den nächsten 5-6 Jahren!

Russland und Deutschland sind das Hauptproblem der amerikanischen Außenpolitik. Deutschland soll von innen her, Russland von außen her destabilisiert und zerstört werden, durch Anzetteln von Kriegen mit Georgien, der Ukraine usw. Durch den Maidanputsch, den die Amerikaner wesentlich mitinszenierten, haben sie dieses Land gespalten und in einen Bürgerkrieg hinein getrieben, der als Initialzündung für einen Krieg gegen Russland geeignet ist und bei Bedarf auch in diesem Sinne genutzt werden soll. Amerikanisierung in Europa bedeutet Krieg mit Russland – ein ideales Szenario für die USA: Zwei ihrer drei größten Konkurrenten zerfleischen sich gegenseitig: wirtschaftlich, politisch und schließlich militärisch!

Zuwanderungs- und Islampolitik

Nach den USA und der Sanktionen-Politik gegen Russland sind die Zuwanderung und hier vor allem der Islam unser größtes politisches Problem. Die politische Klasse versucht, die deutsche Gesellschaft ethnokulturell vollständig zu heterogenisieren. Dieser geschichtlich einmalige Frontalangriff auf die deutsche Bevölkerung und ihre geschichtlich tradierte Identität wird von Mainstream-Medien und -Politologen ideologisch flankiert, indem man immer weiteren Teilen der deutschen Bevölkerung Diskriminierung, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Menschenfeindlichkeit usw. vorwirft. In manchen Umfragen ist man inzwischen bei 75 % der Befragten angelangt, denen man glaubt, diese hässlichen Attribute anhängen zu können. Die Frage ist freilich: Sind die Deutschen wirklich „fremdenfeindlich“, wenn sie sich ihren Lebensstil und ihre Art zu leben bewahren wollen, oder ist vielleicht die politische Klasse in Deutschland von einem regelrechten Fremdenwahn befallen? Ist also nicht Xenophobie der Bevölkerung, sondern Xenomanie der politischen Klasse das große Problem in Deutschland? Wird hier nicht eine Politik betrieben, die, wie Scholl-Latour es so treffend charakterisierte, die Probleme Kalkuttas dadurch lösen will, dass man Kalkutta nach Deutschland verlegt? Eine Bevölkerungspolitik, die dafür sorgt, dass die Deutschen in zwei Generationen nur noch eine Minderheit im eigenen Land darstellen? Und nicht zuletzt eine Politik, die den Einfluss des Islam systematisch gegenüber der genuin christlichen Religion in Europa stärkt?

60 % der deutschen Bevölkerung fürchten den Islam und sind der Ansicht; er gehöre weder zu Deutschland noch zu Europa. Bei Umfragen in Großbritannien beispielsweise äußern bis zu 25 % der Moslems Sympathien mit den Pariser Terroranschlägen. Bei früheren Terrorattentaten in London und Madrid hat es ähnliche Umfrageergebnisse gegeben. Es ist

leider nicht so, dass nur eine verschwindend kleine muslimische Minderheit mit dem dschihadistischen und terroristischen Islamismus sympathisiert. Es sind Hunderttausende in Europa!

Langfristig noch gefährlicher ist der **politische** Islamismus: Erdogan und sein Ministerpräsident Davutoglu verkünden offen, Europa "türkisieren" und seine Kultur „islamischer machen“ zu wollen. Vor 3000 Landsleuten im Berliner Tempodrom prophezeit uns letzterer, sein Land würde bis zum Jahr 2023 eine Weltmacht wie einst das osmanische Reich sein. "Ihr seid nicht allein“, ruft er den Muslimen in Europa zu. „Die Türkei ist da, euch zu beschützen." Die Türkei also die Schutzmacht der europäischen Islamgläubigen – eine unverhohlene Drohung an die Souveränität der europäischen Staaten, eine Kampfansage des politischen Islamismus an Europa, besonders problematisch dadurch, dass mutmaßlich die Mehrheit der bei uns lebenden Türken hinter Erdogan steht, sich mit dessen Politik identifiziert und dadurch eine Massenbasis für politischen Islamismus in Deutschland darstellt.

Der Islam gehört nicht zu Deutschland. Er ist nicht prägend für die europäische Kultur, wie dies zuletzt Volker Kauder in dankenswerter Deutlichkeit formuliert hat. Auch die in Deutschland lebenden Islamgläubigen gehören nur dann zu Deutschland, wenn sie hier nicht mit Kopftuch und (von den Saudis bezahlten) Großmoscheen auf kulturellen Konfliktkurs gehen, sondern sich kulturell anpassen und sich in gleicher Weise aktiv und glaubhaft vom terroristischen wie auch vom politischen Islamismus distanzieren. Wer dies nicht tut, stellt eine politische Bedrohung für unser Land dar.

Was macht die deutsche Politik?

Ihre größte Sorge: die Muslime könnten sich irgendwie diskriminiert fühlen. Auch der Koran wird explizit verteidigt. Dessen Aufrufe zur Vernichtung Andersgläubiger – wo fände man Vergleichbares im Neuen Testament der Christen – müssten durch „historisch-kritische“ Exegese als letztlich nicht ernst gemeint aufgearbeitet werden. Dass Mohammed selbst seine Aufrufe immer wieder blutig in die Praxis umgesetzt hat, wird diskret tabuisiert.

Der DITIB, der offiziellen Religionsorganisation der türkischen Regierung, überlässt man Ernennung und Einsatz der Imame und islamischen Religionslehrer an deutschen Schulen und macht so den Bock zum Gärtner.

Dieses Jahr rechnen die Kommunen in Deutschland mit 500.000 Asylantragstellern. Jahr für Jahr sollen es immer mehr werden. Wie viel will man uns zumuten? 500.000 im Jahr, eine Million, zwei Millionen? Wir wären den rotgrünen Ideologen sehr dankbar für konkrete Zahlen!

Zwar werden allenfalls 30 % der Asylbewerber als Asylanten anerkannt. Aber im Rahmen des sog. „Bleiberechts“ bleiben auch die übrigen 70 Prozent. Notfalls müssen sie nur ihren Pass verschwinden lassen, abgeschoben wird fast niemand!

Zwei Drittel der Asylanten und Asylsuchenden sind Moslems. Jedes Jahr kommen also Hunderttausende Moslems neu nach Deutschland. Wenn nur 10 % von ihnen gewaltbereite Salafisten sind, reicht das aus, um Europa zu einem islamistischen Pulverfass zu machen.

Wer sind die, die Deutschland abschaffen wollen?

Allen voran wohl die US-amerikanische Regierung, aber auch die EU-Kommission und dann, mit wenigen Ausnahmen, die politische Klasse in Deutschland selbst. Im Bundestag haben wir bereits eine rot-rot-grüne Mehrheit, und faktisch ist Frau Merkel die Kanzlerin einer rot-rot-grünen Allparteienregierung. **Rot-rot-grün bedeutet die Abschaffung Deutschlands!** Sie wollen es opfern für die Griechen, für die Flüchtlinge usw. und nicht zuletzt für die abstrusen Ideale eines grünen Kommunismus, der die Menschen nicht nur, wie der rote, ihres Besitzes, sondern ihrer Kultur, ihrer Heimat und ihrer tradierten kollektiven Identität insgesamt enteignen will. Zum Rand dieser Koalition gehören auch die linksautonomen Kriminellen, die personell in vielfacher Weise mit der Basis der Grünen-Partei verflochten sind und die mit unverhohlener Gewalt versuchen, Millionen Menschen ihres Rechts auf Meinungs- und Demonstrationsfreiheit zu berauben.

Schließlich die internationalen Islamisten, von denen in Ankara und Riad bis hin zu den kriminellen Terrormilizen des *Islamischen Staats*, *Al Kaidas* usw. Sie sehen ihre Stunde gekommen, Europa zu unterwandern und von innen her zu erobern, was ihnen 1000 Jahre lang militärisch nicht gelungen ist. Ein Beitritt der Türkei in die EU, von den USA immer wieder gefordert, wäre die vorläufige Krönung der Islamisierung Europas.

Resolution:

Was fordern wir?

Die NATO ist kein *Verteidigungsbündnis* mehr im Sinne ihrer Gründungsdokumente, sondern, wie Helmut Schmidt es ausdrückt, ein „Weltumgestaltungsinstrument“ der USA und ein primär *aggressives* Militärbündnis. Wir wollen dieses Bündnis nicht kündigen – dafür ist die Zeit noch nicht reif. Wir wollen es aber lockern und vor allem die Kooperation mit Frankreich auf der einen und mit Russland auf der anderen Seite massiv verstärken. Auch mit Ländern wie Indien, China, Brasilien u.a. sollten wir unsere Beziehungen wirtschaftlich, politisch und militärisch ausbauen. Dies ist die entscheidende Voraussetzung für den Frieden in Europa!

Konkret bedeutet das

- kein TTIP, TiSA oder weitere ähnliche Wirtschaftskooperationen mit den USA!
- sofortige Beendigung der Sanktionen-Politik gegen Russland, dafür Stärkung der wirtschaftlichen, politischen und auch militärischen Kooperation mit Russland, China, Indien, Brasilien und anderen. Insbesondere brauchen wir, wie von den Russen mehrfach angeboten, eine Freihandelszone von Lissabon bis Wladiwostok!
- keine Beteiligung der Bundeswehr an NATO-Manövern in Osteuropa!

- keine NATO-Mitgliedschaft für die Ukraine, Georgien und andere Anrainerstaaten Russlands!

Wie der US-Amerikanismus die politische Souveränität der europäischen Staaten bedroht und in Europa einen Krieg mit Russland heraufbeschwört, so bedroht der Islamismus, der sich bei uns ausschließlich über die Zuwanderung rekrutiert, Europas kulturelle Identität und erhöht das Risiko innereuropäischer Bürgerkriege.

- Die Muslime in Europa müssen sich der europäischen Kultur anpassen und nicht umgekehrt! Wer dies nicht akzeptiert, soll zurück in seinen islamischen Kulturkreis!
- Des Weiteren brauchen wir, wie schon von Innenminister de Maizière vorgeschlagen, Aufnahmelager in den Kulturräumen, in denen das Flüchtlingsproblem entsteht. Wer glaubt, diese Lager umgehen und illegal nach Deutschland einreisen zu können, muss sofort dorthin abgeschoben werden.
- Wir wollen auch keine *Integration* von Asylanten, sondern nur deren zeitweise Unterbringung mit dem Ziel, sobald deren Versorgung im eigenen Kulturraum wieder sichergestellt ist, sie dorthin zurückzubringen.

Unsere Hilfe sollte nicht von Bauchethik und einem diffusen Helfersyndrom, sondern politisch-rational und ökonomisch basiert sein und berücksichtigen, dass mit dem Geld, das wir hier für einen Asylanten ausgeben, wir im Sudan ein ganzes Kinderheim versorgen können.

Schließlich führt eine Fortführung der jetzigen Aufnahmepolitik bei uns zu nicht mehr lösbaren Integrationsproblemen und zu erheblichen Störungen des inneren sozialen Friedens bis hin zu bürgerkriegsähnlichen Unruhen. Sie führt letztlich zur Abschaffung Deutschlands. Das wollen wir nicht!

Retten wir also den Frieden in Europa vor den Amerikanern, retten wir unseren Staat vor der EU, retten wir unsere Kultur vor dem Islam in Europa und sorgen wir dafür, dass die Deutschen in den nächsten Generationen nicht zur Minderheit im eigenen Land werden!